

AKTUELL

JAGDREFORM

Pflichten und Rechte

Raymond Klein

Wird der seit fast zehn Jahren diskutierte Gesetzentwurf zur Jagd auf der Zielgeraden noch aus der Bahn geworfen?

Wieviele Minister braucht man, um das Jagdgesetz zu reformieren? Derzeit sieht es so aus, als ob es dem dritten Mann auf dem Posten, dem delegierten Umweltminister Marco Schank, gelingen könnte, das Werk seiner beiden Vorgänger zu Ende zu bringen. Es liegt nun ein Gesetzentwurf vor, der für die meisten Interessierten einen akzeptablen Kompromiss darstellt. Außer für die Jägerföderation, die fordert, an entscheidenden Punkten nachzubessern.

Würde der jetzt vorliegende Text noch einmal grundsätzlich in Frage gestellt, dann würde die im Herbst anstehende, für neun Jahre gültige Revierverteilung nach der jetzigen Gesetzeslage vorgenommen. Jene Grundeigentümer, die die Jagd ablehnen, müssten den Ausschluss aus dem Jagdlos einzeln einklagen, obwohl schon 2007 vom Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte eine Grundsatzentscheidung in ihrem Sinne getroffen worden war. Außerdem wäre es gut möglich, dass der Gesetzentwurf, wie schon zuvor gegen Ende von Lux' Mandat, wieder in der Schublade verschwindet. Verständlich, dass die Grünen - die treibende Kraft während der parlamentarischen Prozedur - auf eine schnelle Annahme des Gesetzes, das ein Opt-out für Jagdgegner vorsieht, drängen. Dies, obwohl sie nicht in allen Punkten mit dem Text einverstanden sind. Ihr Dilemma drückte sich in der Ankündigung aus, man werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Sieht man sich den im Tageblatt veröffentlichten Leserbrief der militanten Tierschützerin Yvette Wirth an, so versteht man die Schwierigkeiten der Öko-Partei. Das Gesetz respektiere das europäische Urteil nicht, so Wirth, weil weiterhin Hunde das Wild auf den Opt-out-Parzellen aufstöbern können, und weil die Möglichkeit vorgesehen ist, dass der Staat auf diesen Grundstücken eine „chasse administrative“ organisiert. Doch auch weniger radikale Tierschützer üben Kritik. In der Tat verbietet das Gesetz die Fütterung, erlaubt aber die „Lockfütterung“ von Wild - ob sich damit das viel kritisierte „Mästen“ der Bestände verhindern lässt, ist fraglich.

Doch dem Unmut bei den Jagdkritikern steht eine Art Weltuntergangsstimmung bei den Jägern gegenüber. „Die Jagd ist ein kultureller Wert, der Nachhaltigkeit schafft“, dichteten der Präsident der Jägerföderation Georges Jacobs und seine beiden Amtsvorgänger in einer ganzseitigen Anzeige im Luxemburger Wort vom vergangenen Samstag. Krankheiten, Wildschäden und „Verlust der Biodiversität“ werden vorausgesagt, wenn durch die Opt-outs von Jagdgegnern die „flächendeckende Bejagung“ verhindert würde. Das jüngste Urteil des Straßburger Gerichts - in erster Instanz zugunsten der deutschen Jägerschaft - nimmt die Föderation zum Anlass, eine grundlegende Änderung des Gesetzentwurfs zu fordern: die Aufgabe der „absurden Ausnahmeregelung zugunsten der ethischen Jagdgegnerschaft“.

In der Tat - sollte dieses neue Urteil bestätigt werden, so könnte, anders als die Jagdkritiker behaupten, das Urteil von 2007 hinfällig werden. Dazu wäre allerdings das neue Gesetz so abzufassen, wie es die Föderation vorschlägt: Die Jagd müsste als Realisierung eines öffentlichen Interesses definiert werden. Das jüngste Urteil befand nämlich, dass in diesem Falle die Jagd auf den Parzellen von Jagdgegnern zumutbar sei.

Doch eine solche Änderung des luxemburgischen Gesetzes ist nicht zwingend. Im derzeit vorliegenden Entwurf heißt es, die Ausübung der Jagd müsse dem öffentlichen Interesse entsprechen, und nicht, sie realisiere das öffentliche Interesse. Die Anliegen von Grundbesitzern, die die Jagd ablehnen, müssen nach dieser Fassung stärker berücksichtigt werden, was durch die im Gesetzentwurf enthaltene Möglichkeit des Opt-out umgesetzt wird. Der vorliegende Text ist also, anders als die Föderation behauptet, durchaus kohärent. Er stellt eine politische Entscheidung dar, die Jagd als - stark kontrollierte - Freizeitaktivität zu betrachten, und nicht als Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Eine Sichtweise, die vielen traditionellen Jägern nicht behagt, die aber auch manchen Jagdgegnern suspekt erscheinen wird.

SHORT NEWS

Inertie générale de la police

Ces derniers temps, le grand public a pu assister à un certain bouillonnement dans les rangs de sa police. L'affaire Schmit qui oppose l'honnêteté d'un ministre à celle des agents qui ont arrêté son fiston a aussi révélé que le racisme dans les rangs des forces de l'ordre est toujours au quotidien et que cela ne semble pas gêner grand monde. On a préféré se concentrer sur l'éthique du ministre socialiste que de se faire des soucis sur les injures racistes qui sont tombées lors de l'intercalation entre Schmit fils et la police en décembre dernier. Pourtant, ce n'est pas un phénomène nouveau, déjà en 2010 un courriel à caractère raciste provenant d'un policier avait défrayé la chronique. Ce qui n'a pour le moment pas eu de grandes conséquences, comme a pu l'apprendre le député vert Camille Gira en lisant la réponse de Jeannot Halsdorf à sa question sur le suivi de l'affaire. Halsdorf se contente de certifier qu'il attend toujours les conclusions de l'enquête judiciaire en indiquant que pour le moment « seule la notification d'instruction disciplinaire a pu être faite ». Autant dire que la justice ne semble pas pressée de clarifier cette affaire qui n'est - n'en déplaît à certains - pas une bagatelle. En attendant, une réforme de l'Inspection générale de la police, qui n'est pas assez indépendante pour vraiment pouvoir réagir, se fait toujours attendre. Tant que la politique se soucie plus des fuites de documents internes de la police que des comportements de ses agents, c'est la confiance de la population envers les forces de l'ordre qui trinque.

Drei Liter? Dreihundert Kilo!

Gerne werden Elektroautos als Fahrzeuge der Zukunft bezeichnet. Dabei denkt man an einen modernen Wagen, Airbag, Klimaanlage und „Autobahn-taugliche“ Höchstgeschwindigkeit inbegriffen - nur eben mit Batterie und Elektromotor. Bei den Recherchen zum Autofestival-Artikel von vergangener Woche stellte sich heraus, dass das einzige in Luxemburg verfügbare Elektroauto, der Tazzari Zero, derzeit nicht in den Genuss der Öko-Förderprämie kommt: Das Fahrzeug fällt gar nicht in die Kategorie Personenwagen, unter anderem weil es mit 390 Kilo zu leicht ist. Oder, anders gesagt, es ist kein „richtiges“ Auto. Stellt das Tazzari-Konzept also einen toten Ast im Stammbaum der Mobilitätsentwicklung dar und ist gar nicht förderwürdig? Pustekuchen! Eine vergangene Woche vom New Scientist zitierte Studie der Universität Oxford zeigt, wie man den weltweiten Energiebedarf um den Faktor vier senken könnte. Von der Dreifachverglasung bis zur Nutzung des Topfdeckels handelt es sich um „realistische“ Vorschläge - mit einer Ausnahme: eine Gewichtsbeschränkung für Autos auf 300 Kilogramm. Gewiss, mit einem Tazzari-Fliegengewicht möchte man nicht gegen einen Geländewagen prallen. Doch wenn nur noch 300-Kilo-Wagen unterwegs wären, würden die Straßen eher sicherer ... So gesehen sind vielmehr die „richtigen“ Autos der „tote Ast“.

Remplir les questionnaires

Le questionnaire du Recensement général de la population - critiqué par la Chambre des salariés et par la Ligue des droits de l'Homme, qui considèrent qu'un certain nombre de points du questionnaire de recensement constituent une atteinte indéniable à la vie privée - a été déposé fin janvier dans tous les ménages. Ce recensement obligatoire est effectué par le Stater en collaboration avec les communes et il est à remplir pour le 15 février 2010 au plus tard. Pour ceux qui auraient des difficultés à remplir le questionnaire, ce n'est pas seulement le Stater qui a instauré une Helpline, mais l'Asti qui propose aussi de consulter son Internetstuff. Le personnel peut donner des renseignements, non seulement en langue luxembourgeoise, française, allemande, anglaise et portugaise. Internetstuff 141, rue de Mühlenbach, L-2168 Luxembourg d'Eich. Tél: 26008038